

Rosenbergs Abgang

Berlin, 28. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Vorwärts bringt in großer Aufmachung den Brief des Abgeordneten Rosenberg über seinen Austritt aus der Kommunistischen Partei und charakterisiert ihn als „Anzeichen des geistigen Zusammenbruchs der kommunistischen Partei, der über kurz oder lang auch das physische Ende bedeuten“.

Hierzu schreibt uns unser Berliner Korrespondent:

Rosenberg läßt durch die bürgerliche und sozialdemokratische Presse mitteilen, daß er aus der kommunistischen Partei ausgetreten ist. Der Austritt aus der Partei in der gegenwärtigen Situation des verschärften Kampfes der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse und ihre kommunistische Partei ist nichts anderes als eine feige Desertion, die für die Parteimitgliedschaft aber nicht mehr überraschend kommt.

Rosenberg gehörte zu jenem Kreis von Intellektuellen, die mit Maslow und Ruth Fischer nach der Oktoberniederlage 1923 an die Parteiführung kamen. Ihr Unvermögen, nach der Oktoberniederlage die Partei durch eine zielklare kommunistische Massenpolitik an der Isolierung von der Arbeiterklasse herauszureißen, führte zu einer der schwersten Krisen der Partei. Die Partei hat Jahre intensiver Arbeit gebraucht, um die Auswirkungen dieser Krise restlos zu überwinden und die unkommunistischen, teilweise offen antibolschewistischen Tendenzen auf ihren Kopf zu beschreiben. In diesem Kampfe trennte sich die Partei von jenem Kreis Intellektueller, die mit Maslow und Ruth Fischer die Hauptträger der unkommunistischen und antibolschewistischen Tendenzen waren.

Rak, Scholem, Rosenberg, das war das edle Trio, das dem ersten Versuch der Komintern, die KPD auf den richtigen Weg zu den Massen zurückzuführen, mit der offenen antibolschewistischen Rebellion gegen die kommunistische Internationale, gegen die Weltpartei Lenins und deren revolutionäre Politik beantworteten.

Rosenberg trennte sich zwar vorübergehend von den Maslows, Ruth Fischers, Korichs und Schwars. Er fand aber nicht den Weg, den die Mehrheit der KPD in enger Kampfgemeinschaft mit der kommunistischen Internationale gegangen ist. Sein Weg führte aus dem Lager der Ultralinken nach einer kurzen Periode händiger Schwankungen ins Lager des Reformismus. Wir brauchen diese Abwanderung Rosenbergs ins reformistische Lager nicht mit Zitaten aus seinen Reichstagsreden und aus seiner Rede auf dem 11. Parteitag zu belegen. Allein der freundliche Willkommengruß, mit dem der Stamper-Vorwärts den Austritt Rosenbergs aus der KPD begrüßt, ist Beweis genug dafür, daß der Vorwärts in Rosenberg ein würdiges Mitglied der KPD-Partei sieht.

In Rosenbergs Schreiben an die Zentrale, in dem er seinen Austritt begründet, nur einige kurze Bemerkungen. Rosenberg stellte „vollständigen Zusammenbruch der Komintern-Politik in China unmittelbar nach der großen Niederlage in England“ fest und kommt noch Ueberprüfung der Organisationsform der internationalen Arbeiterbewegung zu dem Schluß, den wir vor Jahren von Paul Buni hörten: Liquidation der Komintern! Für Rosenberg ist es unverfänglich geworden, daß die kommunistische Internationale gleichzeitig mit dem englischen Generalrat und mit Coop, gleichzeitig mit der bürgerlichen Kammer und mit den Shanghaier Arbeitern zusammengehen kann. Rosenberg erklärt, daß bei einer solchen Politik die Katastrophe unvermeidlich ist, womit er nur bestätigt, daß er die Methoden, den Sinn und Zweck der revolutionären Einheitsfronttaktik nie verstanden hat. Derselbe Rosenberg, der in der Parteidiskussion die Beschlüsse des 11. Parteitages der Bolschewiki gegenüber den antibolschewistischen Argumenten der Ultralinken verteidigt, erklärt heute, daß die logische Schlussfolgerung dieser Beschlüsse die Auflösung der Komintern sein müsse. Rosenberg hält auch eine ernsthafte Reform der Komintern für unmöglich, weil sie die Grundlagen ihrer Existenz selbst beeinträchtigen würde.

In Konsequenz dieser Auffassung, insbesondere nach dem Parteitag in Eisen und nach den Ereignissen in Shanghai geht Rosenberg aus der Partei, um morgen oder übermorgen ins Lager des Reformismus, wenn nicht noch weiter rechts, zu eilen.

Das Charakterbild Rosenbergs veranschaulicht sich durch die Abrechnung, das ihm von der Partei übertragene Reichstagsmandat in die Hände der Partei zurückzugeben. Derselbe Rosenberg, der von Ruth Fischer, Urbahns, Korich usw. die Mandatsniederlegung forderte, macht sich heute deren Argumente für den Raub des Mandats zu eigen und erklärt, daß er sein Mandat „als parteiloser Sozialist“ vorläufig weiter ausüben werde. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird den Gehirnen des Rosenbergischen Mandats mit großer Freude blicken. Es gibt einen neuen Kampfgegenstand gegen die kommunistische Partei in Rosenberg gefunden. Die revolutionäre Arbeiterklasse aber hat durch den Abgang Rosenbergs ins Lager der Reformisten nichts verloren, und die Partei hat eine neue Bestätigung für die richtige Einschätzung der intellektuellen Apparatur und Maslow-Ruth Fischer erhalten, wie sie im Offenen Brief der Exekutive der Komintern an die Mitgliedschaft der deutschen Partei aufgegeben wurde. Rosenbergs rascher Entwicklungsengang vom Ultrarevolutionären Ultralinken zum waldschichten Reformisten zeigt den Arbeitern besonders deutlich die gemeinsame Wurzel des reformistischen und des ultralinken Antibolschewismus, die Ideologie halbtotter bürgerlicher Intellektueller, die sich gegen die Grundzüge des Marxismus-Leninismus nie zu eigen gemacht haben.

Die Hochwasser-Katastrophen

Die Verwüstungen an Elbe und Havel

Wittenberge, 27. April. (Telunion.)

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, ist die Hochwasserwelle im Abgehen. Das Elbhochwasser, das am Dienstag seinen Höchststand mit 4,68 Meter am Wittenberger Pegel erreicht hatte, ist bereits um 15 Zentimeter gefallen. Da auch vom Oberlauf des Flusses weiteres Fallen gemeldet wird, dürfte sich die Flut langsam verlaufen. Immerhin wird es noch Wochen dauern, bis die überschwemmten Ländereien wieder vom Wasser frei sind.

Im Mündungsgebiet der Havel, der Stepenitz und Karthausa sowie der Pöknitz ist das Hinterland in eine endlose Wasserwüste verwandelt worden. Viele tausende Morgen Weizen, Weide- und Ackerland stehen unter Wasser. Aus Strodehnen bei Havelberg wird berichtet, daß 6000 Morgen überflutet sind. Infolge der neuen Hochwasserkatastrophe stehen die Landwirte hier geradezu vor dem Nichts. Das Vieh können sie unter den gegebenen Verhältnissen nicht länger halten.

Die meisten Landwirte mußten nach der Vernichtung der vorjährigen Ernte ihren Viehbestand bei anderen hilfsbereiten Landwirten unterbringen. Schwere Vorwürfe werden immer gegen die verantwortlichen amtlichen Stellen laut, daß sie mit der Elbe- und Havel-Regulierung nicht vorwärtstommen.

500 Todesopfer des Mississippi

Nach den letzten Meldungen aus dem Ueberflutungsgebiet des Mississippi ist die Zahl der Todesfälle auf 500 angestiegen, die der Ebhochwasser auf 260.000. Der Schaden beläuft sich bisher auf eine Milliarde Dollar, wovon die Hälfte auf die Baumwoll- und Kornfelder entfällt. 7 Millionen Acres Land stehen unter Wasser und 25 weitere Millionen Acres sind in Gefahr, überflutet zu werden.

Ausnahmestand über Louisiana — Empörung der ruinierten Bauern

London, 27. April. (Telunion.) Nach Meldungen aus New Orleans hat der Gouverneur von Louisiana den Ausnahmestand über die Provinz verhängt, da infolge des beabsichtigten Dammburchschlages, der vorgenommen werden soll, um ein Hochwasser zu vermeiden, der vorgekommene Schaden so groß ist, daß die Betroffenen den nötigen Wasserdruck zu erreichen und die Gefahr

Planmäßige Provokationen

Faschisten-Einflüsse in der Berliner Polizei!

Berlin, 28. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Allgemeine preussische Polizeibeamtenverband erläßt einen warnenden Aufruf an seine Mitglieder, sie möchten daran denken, daß sie republikanische Polizeibeamte sind und fordert sie auf, ihm sofort zu melden, wenn Polizeibeamte „zu Dingen befohlen oder verwandt werden sollen, die sie als Republikaner nicht tun dürfen“. Das Verbandsbureau wird für den 7. und 8. Mai einen Dauerdienst einrichten. Der Verband der preussischen Polizeibeamten erklärt, die Polizeibeamten bedauern, „daß die maßgebenden Behörden „das Spiel mit dem Feuer“ überhaupt zugelassen haben“. Die beiden Erklärungen zeigen, daß in der Berliner Schupo Kräfte am Werke sind, die die Polizeibeamten offen für faschistische Zwecke gebrauchen wollen. Das preussische Innenministerium läßt eine Erklärung verbreiten, die sich voll und ganz für den Stahlhelm ausspricht und erklärt, der Stahlhelm würde schon ruhig bleiben, um nicht als Provokateur zu wirken. Am Schluß der Erklärung heißt es, daß es am 8. Mai wahrscheinlich in den Abendstunden zu Zusammenstößen in den Arbeitervierteln kommen würde, weil dann der Alkohol zu wirken beginne. Die Berliner Arbeiter werden also als Säuerer und Kowboys hingestellt.

Die Beamtenschaft selbst lehnt sich also gegen die Zustimmung, Mittel für das Faschistengeheul gegen die Arbeiter zu sein, mit Entschiedenheit auf. Am 7. und 8. Mai ist auch der Beamtenschaft der Polizeibeamten mobil gegen die Faschisten, da darf die Arbeiterklasse nicht fehlen.

Eine Abwehr der Beamtengewerkschaft.

Das Acht-Uhr-Abendblatt vom Dienstag schreibt zum Stahlhelmtag:

„Es ist auf einem Berliner Bahnhof ein Eisenbahnbeamter von Rechtsfaschisten mit Revolvern überfallen worden. Die gleichen Rechtsfaschisten haben weiter in Berlin auf der Straße Frauen und Männer niederschlagen. Der Stahlhelm hat seinen Mitgliedern — und zwar gleich das in voller Verantwortung der Führer Major v. Stephan und Seldie — geraten, daß die Demonstration in Berlin ein „trappager, reicher Dienst“ sein würde und Berlin gegen die Diktatur verteidigen müsse. Der Stahlhelm hat weiter die Aufforderung des Stadtrats verlangt, um ausdrücklich in diesen Boffen auftreten zu können. Der Stahlhelm hat seine Mitglieder für ihren Berliner Besuch nicht nur gegen Verhaftung und Tod, sondern auch gegen Verurteilung versichert.“

Eine Demonstration, die so planmäßig auf die Realitäten von Gewalttätigkeiten eingestellt wird, ist eben keine Demonstration mehr. Deshalb muß auch der so oft wiederholte Rat des Innenministers an die Berliner Bevölkerung und namentlich an die Arbeiterklasse hinfällig werden, daß man am 7. und 8. Mai ins Grüne pilgern solle.“

Die Sozialdemokraten müssen diese Stellungnahme mit der des Vorwärts vergleichen. Das Zentralkomitee der SPD behauptet, die Arbeiter wollten provozieren.

Die Arbeiterklasse im Reich muß ihre Bereitschaft zur Unterstützung des Abwehrkampfes der Berliner Arbeiter überall demonstrieren.

Der Tag des Stahlhelmmarsches muß zu einem Antifaschistentag werden!

Das Wordingem der Lawebahn

Die Wölkische Zeitung berichtet:

„Hier Note, zwei Schwerverletzte“

Gestern nachmittag fuhr der D-Zug 2, Berlin-Röln, bei Ahlen in Weßfalen in eine Arbeiterkolonne hinein. Vier Arbeiter waren auf der Stelle tot, zwei wurden schwer verletzt.

Wir erlauben zu dem Unglück folgende Einzelheiten:

Die Arbeiterkolonne war einige hundert Meter vor dem Bahnhof Ahlen mit Stopparbeiten beschäftigt. Die Wordingem-Apparate, die sie dazu verwandte, machten einen so großen Lärm, daß sie das Geräusch des D-Zuges, der um 3 Uhr 31 diese Strecke passierte, überhörte. Dem Zugführer gelang es trotz hartem Bremsen nicht mehr, den Zug rechtzeitig zum Halten zu bringen, und die Lokomotive raste in die Arbeiterkolonne hinein. Während es einigen Arbeitern gelang, noch im letzten Augenblick betriebe zu springen, wurden sechs von ihnen unter die Räder gerissen. Getötet wurden die Arbeiter Wilhelm Hermentaus aus Danterien bei Minden, Wilhelm Döpping, ebenfalls aus Danterien, Heinrich Biele aus Weßeln bei Minden und Hermann Kuslowitz aus Hannover-Linden. Die beiden Schwerverletzten fanden im Krankenhaus in Ahlen Aufnahme.“

Das Unglück ist auf die übliche Antreibermethode bei der Lawebahn zurückzuführen. Die Arbeit wird in Akkord ausführt, es muß draußgeschaltet werden, für die notwendige Sicherheit wird nicht Sorge getragen.

Külz für den Wahlrechtstraub

Der Reichsinnenminister a. D. Külz veröffentlicht im Berliner Tageblatt einen Artikel über die „Wahlrechtstraub“. Der ungenügende Demokrat verlangt die Beseitigung des Wahlalters, die Beseitigung der Verhältniswahl, die Verfeinerung der Wahlkreise. Külz behauptet, das letzte Wahlrecht entspreche nicht dem demokratischen Prinzip. Die Abschaffung der Reichsliste wird ebenfalls von Külz verlangt. Es bleibt dem Normalmenschen“ vorbehalten, den Angriff auf das Wahlrecht

Sozialdemokrat Dr. Südekum

ist Vorsitzender des bürgerl. Sportklubs Charlottenburg!!

Dr. Südekum war SPD-Finanzminister in Preußen. In dieser Stellung hat er den Hohenzollern unerschütterliche Werte zugebracht, sich selbst ein Schloß erworben.

Arbeiterportier!

Eine Partei, die solche „Führer“ in ihren Reihen duldet, kann nicht deine Partei sein.

Arbeiterportier! Du gehörst zu uns Kommunisten. Deine Zeitung ist die

Arbeiterstimme!

wieder aufzurollen. Külz behauptet sich darüber, daß die Parteien und die Regierung still gemorden seien von der Wahlrechtstraub.

Die Arbeiter müssen diesem Artikel die größte Aufmerksamkeit widmen und schon jetzt alle Kräfte anspannen, jeden Angriff auf das Wahlrecht abzuwehren.

Die Zeichenbesitzer gegen den Lohnschiebspruch

Böschung, 28. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Die vier Bergarbeiterverbände haben den Lohnschiebspruch für die Bergarbeiter angenommen und beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitsklärung beantragt. Der Zeichenverband hat den Schiedsspruch abgelehnt.

Koalition der SP in Oesterreich?

Ergebnis des „sozialistischen Sieges“

Wien. Die endgültige Verteilung der Mandate für den Nationalrat wird erst in der Woche nach dem 8. Mai durch die Hauptwahlbehörde festgestellt werden, da erst dann die Berechnungen über die 13 Reichstimmmandate, die nach dem ersten Ermittlungsverfahren übrig blieben, abgeschlossen sein werden.

Nach nichtoffiziellen Berechnungen dürfte von den Reichstimmmandaten die Einheitssliste 6, die Sozialdemokraten 1 und der Landbund 3 erhalten. Das Gesamtergebnis der Nationalratswahlen dürfte demnach sein: Einheitssliste 85, Sozialdemokraten 71, Landbund 9 Mandate. Das Verhältnis der bürgerlichen Mandate zu den sozialdemokratischen wäre dann im neuen Nationalrat 91 gegen 71 Stimmen, gegen 97 gegen 18 Stimmen im alten Nationalrat.

Soweit sich heute die Ergebnisse der Wahlen überblicken lassen, wurden in Oesterreich mehr als 2 Millionen bürgerliche und 1.500.000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, in Wien 693.000 sozialdemokratische und 457.000 bürgerliche. Die sozialdemokratische Arbeiterzeitung deutet an, daß das neue Parlament eine „rechtliche, antifaschistische Mehrheit“ haben könnte, wenn die Großdeutschen und die Landbändler dies wollen. Das heißt, daß die Sozialdemokraten die Ventschwärzung der Arbeiter mit einer Koalition mit den bürgerlichen beantworteten wollen. Andere Kombinationen sprechen von der Möglichkeit einer christlichsozial-sozialdemokratischen schwarz-rot Regierung.

Aktives Eingreifen der Imperialisten in den chinesischen Bürgerkrieg

London, 28. April. (Eigene Drahtmeldung.)

Das englische Kabinett hat unter Hinzuziehung der Oberbefehlshaber der See- und Luftstreitkräfte die Lage in China beraten. Es wurden energische Maßnahmen und nötigenfalls eine kombinatorische Aktion aller Mächte und Kriegsschiffe gegen Hankau beschlossen. Der englische Kriegsminister erklärte im Unterhaus, daß die chinesische Expedition bisher schätzungsweise 1,2 Millionen Pfund über den etatsmäßigen Betrag abfollet habe. Englische Kräfte haben wiederholt die Gebiete der südhinesischen Regierung demonstrierend überfallen. In Shanghai sind auch amerikanische Flugzeugträger mit 12 Bombenflugzeugen gelandet. Aus Meldungen über das Gefecht am Kanatsefuh geht hervor, daß die englische und amerikanische Flotte im Kampf zwischen den Nord- und Südtruppen wiederholt zugunsten der Nordtruppen eingegriffen hat.

Englischer Ueberfall auf Hankau?

Wie der Anzeiger meldet, bereiten die Engländer einen Ueberfall auf Hankau vor. Vor Hankau konzentrieren sich die Streitkräfte der englischen Imperialisten.

Die gesamte Aktion geht darauf hinaus, die Maßnahmen des Verräters Tchangkaifang zu unterstützen. England provoziert weiter zum Kriege.

Am 1. Mai muß die Arbeiterklasse in gewaltigen Kundgebungen ihren Willen zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg zum Ausdruck bringen.

Die chinesischen Sowjetbriefe

Moskau, den 26. April 1927.

Seit Tagen werden in der englischen Presse „Dokumente“ veröffentlicht, die angeblich bei dem Ueberfall auf die Sowjetbolschewisten in Peking vorgefunden worden wären und fast belastendes Material über sogenannte „Sowjetmachenschaften“ enthalten. Diese Dokumente hätte der Bandit Tchangkaifang den Verdächtigten der englischen Zeitungen ausgehändigt. Wie müssen feststellen, daß die „Enthüllungen“ fast von der asiatischen Weltpresse völlig unbeachtet bleiben. Man sieht eben „Sowjetdokumente“, die aus London verschickt werden, kritisch gegenüber. Und mit Recht. Wer die Praxis der englischen Presse kennt, „Dokumente“, die den englischen Imperialisten erwünscht sind, stets zum Zweck zu liefern, der mußte die Echtheit dieser so sonderbaren Wege in den Besitz der britischen Pressebesitzer erstatter gelangten Dokumente, von vornherein klar beweislos. Dies um so mehr, als bekanntlich auch viel geronten sind Stellen als die Redaktionen der englischen imperialistischen Blätter es sind, es mit solchen Dokumenten nicht „ausgenutzt“ werden (siehe den allgemein bekannten Schwund des „Sowjetbriefes“).

Um dennoch ein Übriges zu tun stellen wir fest, daß Dokumente plumpe Erfindungen der „Enthüller“ sind.

Der konterrevolutionäre Eisenbahnanschlag in Mexiko

Neuorl. Nach einer Meldung aus Mexiko-City wurden 60 von den an dem Eisenbahnanfall beteiligten „Banditen“ nach fünfständigem schweren Kampf von den verfolgenden Regierungstruppen getötet.

Ueber das vor einigen Tagen erfolgte von der Heiligen Konterrevolution in Mexiko, die von Amerika mit Waffen, Munition und Geldmitteln versehen wird, durchgeführte Eisenbahnanfall teilt die Berliner mexikanische Gesandtschaft u. a. folgendes mit: „Am 18. April überfiel eine Räuberbande unter Führung der katholischen Priester Vega, Pedroja und Anpula sowie des Rechtsanwaltes Lic. Joza, des Pfarrers des „Bundes zur Verteidigung der Religion“, einen aus Guadalupe kommenden Zug und brach ihn unter den Rufen: „Es lebe der König Christus!“ Die Zahl der Toten und Verwundeten beträgt mehr als 150, darunter viele Kinder.“